

AKTIONSGEMEINSCHAFT DER BÜRGERINITIATIVEN

GEGEN DIE VERLEGUNG DER AUTOBAHN 4

Arnoldsweiler • Buir • Elsdorf • Manheim • Merzenich • Morschenich

Sprecher: Dipl.Ing. Peter Inden,
von Arndt Str. 6, 50170 Kerpen-Buir,

18. Dezember 1998

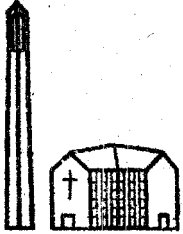
Tel / Fax: 02275/5518

tagsüber:

e-mail: hambach@netcologne.de

Internet: <http://www.hambach.home.pages.de>

Vertreter der Naturschutzverbände NRW im Unterausschuß - und im Arbeitskreis Hambach.



EVANGELISCHE GEMEINDE ZU DÜREN

Markus Lokai
Gürzenicher Str. 156
52355 Düren

Bezug:

- Deine Teilnahme an der Kunstaussstellung am 23 & 24/01/'99 in Buir
- Unsere ganztägige `Fotoexkursion` am 07/01/'99

Grünes Bauernopfer Hambach

Lieber Markus,

in Garzweiler wird die altbekannte ‚Sollbruchstelle‘ der Rot-Grünen NRW-Koalition heraufbeschworen. In Hambach jedoch, wo die Problematik um den Faktor drei schlimmer ist, regt sich niemand über den Umweltfrevel auf.

An den exemplarisch folgenden Beispielen darf ich Ihnen die Schizophrenie schildern, mit der im Rheinischen Revier Politik gemacht wird:

Hintergrund RWE:

Der RWE Vorstand H.Farnung mußte gehen, weil er den Ausbau des Braunkohle Kraftwerks Niederaußem um 950MW für falsch hielt. Nun wird der Braunkohle Hardliner H.Hlubek zum 2.Quartal '99 den Konzern verlassen. Hlubek gehört noch zu den Dinosauriern, die mit aller Macht Braunkohlekraftwerke bauen wollen. Pressemeldungen, wonach eine Überführung des Kraftwerksparks in unabhängige Gesellschaften und eine Aufteilung nach Energieträgern geplant sei, werden noch vom RWE dementiert. Doch genau diesen äußeren Zwängen des liberalisierten Marktes mochte Hlubek nicht folgen. Der zukünftige Ergebnisbereich ‚Kraftwerksparks‘ kann sich auf dem Strom Spotmarkt nicht behaupten, da 50% seiner Kapazitäten aus unwirtschaftlichen Braunkohlekraftwerken kommen. Zwischen den Kraftwerksmanagern der RWE Energie und der Konzernspitze gibt es also substantielle Differenzen in dieser Frage.

Hintergrund Grüne:

Während Garzweiler II in Frage gestellt wird, sieht die Welt im 40km entfernten Tagebau Hambach anders aus. Das mit 2,7Mrd. DM zur Erweiterung anstehende Niederaußemer Braunkohlekraftwerk wird ausdrücklich begrüßt und auch mit den weiteren Genehmigungen zum Tagebau Hambach – wie mit dem neuen Sümpfungsantrag - haben die Grünen keine Probleme. Sie begründen Ihr Verhalten mit Ihrer „staatstragenden Verantwortung“.

Hintergrund Hambacher Leck und neuer Sümpfungsantrag:

Seit dem Wassereinbruch im Tagebau Hambach vom November 1997 hat Rheinbraun, damit die Bagger keine nassen Füße bekommen, 18Mio. m³ Grundwasser zusätzlich abpumpen müssen. Das entspricht dem Jahresverbrauch an Wasser von 400.000 Personen. Die Verdummungs- und Verschleierungstaktik Rheinbrauns erreicht seinen derzeitigen Höhepunkt im neuen Sümpfungsantrag für Hambach, der bis zum Jahr 2020 gelten soll. Als wäre nichts geschehen, wird eine Jahressümpfungsmenge von 450Mio. m³ beantragt. Das Grundwasser soll auf bis zu Minus 400 m abgepumpt werden. Das ist mit einem Wassernotstand in der Region gleichzusetzen, denn die Einzugsgebiete der heutigen Wasserwerke werden trocken fallen. Auffällig dabei ist das willfährige Verhalten unserer Politiker. In Garzweiler, wo 155Mio. m³ Grundwasser pro Jahr in Tiefen von 250m abgepumpt werden sollen, wird die altbekannte ‚Sollbruchstelle‘ der Rot-Grünen NRW-Koalition heraufbeschworen. In Hambach jedoch, wo die Problematik um den Faktor drei schlimmer ist, regt sich niemand über den Umweltfrevler auf. Rheinbraun behauptet auch weiterhin, dass die Rurscholle gegenüber der Erftscholle dicht sei. Das stimmt nicht, wie die Stadt Linnich unlängst bewiesen hat. Rheinbraun pumpt also durch die Sümpfungen in Hambach auch die Rurscholle trocken. Bergschäden in nicht kalkulierbarem Ausmaß sind die Folge.

Die widersinnige Verhaltensweisen von RWE und Grünen würden Ihre Braunkohle-Berichterstattung sicher abrunden. Da wir schon lange Jahre aktiv sind, verfügen wir über sehr viel Hintergrundinformationen, die Dir bei einem persönlichen Gespräch zur Verfügung stellen würden.

**Beim WDR liegt übrigens schon Filmmaterial über unsere Aktivitäten vor.
Über ein Treffen mit Ihnen würden wir uns sehr freuen.**

Herzliche Grüße

Peter Inden

Es folgt noch eines unserer letzten Flugblätter und ein Bericht der Bonner Schnüss.

Hambach vor Gericht - A4 und Niederaußem im Widerspruch !

Zur Erinnerung:

Im Jahre 1978 wurde mit dem Aufschluß des Braunkohlentagebaus Hambach begonnen. Seitdem entsteht zwischen Bergheim, Jülich und Buir das „größte Loch der Welt“: Auf einer Fläche von 85 Quadratkilometern dringen die Bagger in Tiefen von über 450 Metern vor, um Braunkohle zu fördern. Die Auswirkungen sind gewaltig, und dies, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Die Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4 und der BUND-NRW (Bund für Umwelt und Naturschutz) haben deshalb im Jahre 1996 Klage

gegen die Zulassung des Rahmenbetriebsplanes zur Fortführung des Tagebaus bis zum Jahre 2020 erhoben. Auch die geplante Ausweitung des Kraftwerks Niederaußem zum größten deutschen Braunkohlekraftwerk würde Sachzwänge für eine Verlegung der A4, das Abbaggern von Manheim, Morschenich und des Hambacher Forstes sowie die Genehmigung von Hambach II zur Folge haben. Daher wenden sich unsere Aktivitäten auch gegen eine Ausweitung von Niederaußem.

A 4-Verlegung überflüssig:

Schon heute wird den Menschen der Braunkohlenregion ein enormes Sonderopfer abverlangt: Die tagebaubedingten Staubemissionen führen zu unerträglichen Zuständen; Tausende werden umgesiedelt, die traditionelle Kulturlandschaft verschwindet.

Doch es soll noch schlimmer kommen: Manheim, Morschenich und unser Hambacher Forst sollen abgebagert werden. Arnoldsweiler, Merzenich und Buir werden dem Verkehrschaos erliegen, wenn die Autobahn Köln-Aachen (A4) nach der heutigen Planung auf sechs Spuren erweitert und direkt an Buir vorbeigeführt wird. Denn die Bahnlinie wird gleichzeitig für neue Hochgeschwindigkeitszüge, die S-Bahn und den Güterverkehr erweitert; die Hambach-Kohlebahn kommt noch dazu. Der Tagebau wird direkt vor dieser neuen "Bündelung der Verkehrswege" enden; also direkt vor den ersten Häusern von Buir.

Für die neue Trasse der A 4 wird zur Zeit das Linienbestimmungsverfahren durchgeführt. Und das, obwohl feststeht, daß der Landschaftsverband auf einer falschen Basis plant. Denn die Umweltverträglichkeitsstudie zur A 4-Verlegung enthält einen gravierenden Mangel: Die Null-Variante - also die Variante, wonach die A 4 an der jetzigen Stelle verbleibt und ggf. dort sechsspurig ausgebaut wird - wurde nicht berücksichtigt. Dies wird auch vom Rheinischen Autobahnamt bestätigt, aber trotzdem nicht revidiert. Dieses rechtliche Defizit kann weitreichende Folgen für den weiteren Ablauf des Verfahrens haben.

Um Fakten zu schaffen, soll die Verlegung der A 4 schnell erfolgen. Und dies ohne planungstechnische Notwendigkeit, da der Tagebau die Autobahn frühestens im Jahre 2017, unter Berücksichtigung der Wirkungsgradsteigerungen erst 2036, erreichen würde !

Kunstlandschaft statt Natur:

Da es sich beim Tagebau Hambach um einen Neuaufschluß handelte, mußten zu Beginn (ab 1978) zunächst 2,2 Mrd. m³ Abraum verkippt werden. Mit der Sophienhöhe entstand ein künstliches Mittelgebirge von 10 km² Fläche und einer Höhe von über 280 m.

Daneben soll nach Abschluß des Tagebaus im Restloch ein gigantischer See entstehen. Dieser Restsee soll eine Fläche von 4.200 ha einnehmen, eine Tiefe von bis zu 400m erreichen und ein Volumen von 3,6 Mrd.m³ Wasser fassen. Durch den Schadstoffaustrag aus den Ufern wird dieser See aber versauern. Über Jahrzehnte wäre eine künstliche Befüllung mit Rheinwasser notwendig, das über eine Pipeline herbeigeführt werden müßte. Mit dem Hambacher Forst vernichtet Rheinbraun ein ökologisch äußerst wertvolles, 550 ha großes Waldgebiet von europäischem Rang.

Längere Laufzeit des Tagebaus:

Langfristig plant die Rheinbraun AG eine durchschnittliche Förderung von 50 Mio.t Braunkohle pro Jahr (derzeit ca. 30 Mio.t/Jahr). Berücksichtigt man die mit der 20Mrd.DM Investitionsentscheidung für die Modernisierung der rheinischen Braunkohlekraftwerke verbundene relative Erhöhung des Wirkungsgrades um ca. 25 %, so wird zur Erzeugung der jetzigen Energiemenge entsprechend weniger Kohle benötigt. Die Laufzeit des Tagebaus erhöht sich damit rein rechnerisch um fast zehn Jahre. Geht man von der jetzigen Förderung und Kraftwerksstruktur aus, wäre der Bereich bis zur Autobahn A 4 also erst im Jahre 2036 erreicht !

Alle Petitionen angenommen:

Die evangelische Gemeinde zu Düren und die Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4 haben gemeinsame Petitionen zur geplanten A4 Verlegung, zum Tagebau Hambach I und zum Kraftwerk Niederaußem an das Europäische Parlament, den Bundestag und den Landtag von NRW gerichtet. Der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Dr.

Wolfgang Ullmann MEP, hat sich am 13.Juni.1997 vor Ort über die Problematik informiert. Für die Bürgerinitiativen und die evangelische Gemeinde ist klar, daß die geplante A4-Verlegung und der Tagebau Hambach I gegen europäisches Recht verstoßen. Seit diesem Besuch ist ein reger Schriftverkehr in Sachen unterlassener UVP zwischen dem Europäischen Petitionsausschuß und dem Umweltministerium NRW entstanden. Alle Petitionen sind von den Parlamenten akzeptiert worden.

Europäer fordern Gleichbehandlung !

Der Europäische Petitionsausschuß teilte nun mit, daß die erfolgte Prüfung positiv verlaufen sei und daß als nächste Instanz die Kommission der Europäischen Gemeinschaft eingeschaltet wurde. Außerdem kommt der Petitionsausschuß zu dem Schluß, daß sowohl die Hambach Petitionen als auch die Garzweiler Petitionen auf europäischer Ebene ab sofort gleich behandelt werden, da die Grundwasserproblematik identisch ist. Diese positive Aussage der Europäer kann als weiterer Teilerfolg der Hambacher Initiativen auf dem Weg, die A4 Verlegung und das geplante Abbaggern des Hambacher Forstes, Manheims und Morschenichs zu verhindern gewertet werden.

Hambacher „Leck“ außer Kontrolle ...

Die Bemühungen der Europäer, den Umweltschaden von Rheinbraun auf ein Mindestmaß zu reduzieren, wird zeitaktuell von einem tragischen Ereignis überschattet:

Seit November '97 bricht im Tagebau Hambach unkontrolliert etwa 35000l/min Wasser ein. Etwa 20% der zu fördernden Kohle steht unter Wasser. Das einbrechende Wasser ist ca. 30 Grad warm, wird abgekühlt und in die Erft gepumpt. Die bis zu 700m tiefen Sumpfungsbunnen dürften nun auf Hochtouren laufen. Rheinbraun hofft, den Wassereintrich bis zum Sommer '98 in den Griff zu bekommen. **Hambach ist also zur Zeit außer Kontrolle geraten und nicht mehr beherrschbar.** Die Umweltverbände warnen schon seit langem vor den unkalkulierbaren Risiken, die der Tieftagebau Hambach mit sich bringt. Dies wird auch durch Probebohrungen von 1927, 1930 und 1965 belegt. Auch das Hambacher Leck wird bereits vom Europäischen Petitionsausschuß geprüft, da Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel bis in die Niederlande zu erwarten sind. Die Reaktion der Kölner Bezirksregierung hingegen ist deckungsgleich mit dem Verhalten von Rheinbraun. Beide sehen keinen Anlaß, die Grundwasserkatastrophe näher zu untersuchen. Stattdessen ist verbale Schadensbegrenzung angesagt. Absicht oder abgeprochen ?

Die Hambacher Klage läuft ‚gut‘ :

Wir berichteten – die Bürgerinitiativen und der BUND – NRW haben im Juli 1996 eine gemeinsame Klage bei dem Verwaltungsgericht Aachen eingereicht. Auch der Kölner RP, H.Antwerpes, äußerte sich bei der Sitzung des Braunkohlenausschusses am 7.März.'97 in Frechen dazu. O-Ton: >> Die Entbehrlichkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung wird zur Zeit vom Bergamt Düren geprüft. Rheinbraun wolle nun in einer Begründung darlegen, daß die UVP für den neuen Tagebauabschnitt von 1996 bis 2020 im Kern entbehrlich sei. << Dies kann als Teilerfolg gewertet werden, denn die UVP ist nach geltendem Recht Pflicht. Rheinbraun war acht Monate damit beschäftigt, eine plausible Erklärung dafür zu finden, warum der Tagebau nach veraltetem Bundesberggesetz von 1950 fortgeführt werden soll. Unfähigkeit oder Taktik ?

Rheinbraun und Naturschutz:

Der Betriebsplan für den Tagebau Hambach von 1996 bis 2020 wurde vom Bergamt Düren nicht sofort genehmigt. Wegen der vielen Einwendungen und Klagen hat das Bergamt eine „Anordnung zum sofortigen Vollzug“ erlassen. Rheinbraun versucht nun, die gemachten Verfahrensfehler durch ergänzende Studien zu kompensieren. Die Landesnaturschutzverbände haben die mangelhaften Unterlagen der Rheinbraun untersucht und eine eigene Studie zum Tagebau Hambach eingereicht. Will Rheinbraun nur begangene Verfahrensfehler vertuschen, ohne eine gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ?

Mauschelei in der Sommerpause:

Im Genehmigungsverfahren zum geplanten 950MW Block in Niederaußem mußten die Antragsunterlagen einen Monat lang öffentlich ausgelegt werden. „Zufälligerweise“ geschah dies erst zehn Tage vor den Sommerferien, so daß die restlichen drei Wochen in die Urlaubszeit fielen. Mit dieser bewußten Verlagerung in die Sommerpause wurden zumindest die Urlauber um die Möglichkeit gebracht, Einwendungen vorzutragen. Trotzdem machten die Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4, der BUND-NRW und viele Privatpersonen von Ihrem Recht Gebrauch, sich gegen den neuen Kraftwerksblock und damit gegen den weiteren Raubbau an der Natur auszusprechen. Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 soll laut RWE ausreichen, um das Kraftwerk zu genehmigen. Genau das funktioniert nicht, denn in der Bundesrepublik Deutschland gibt es schon heute Kraftwerksüberkapazitäten von 10.000 MW. Das entspricht einem Überschuß von zehn geplanten Kraftwerksblöcken der Niederaußemer Größenordnung und damit auch einem Überschuß von mehreren Tagebauen der Hambacher Kategorie. Diese Überkapazitäten sind mit dem Energiewirtschaftsgesetz nicht vereinbar. Zudem kommt ab 1999 die EG-Überleitungsvorschrift zur Öffnung des europäischen Strommarktes zum Tragen, was sowieso das Aus für die unwirtschaftliche Braunkohleverstromung bedeutet.

Klage gegen Niederaußem - neues Mühlheim Kärlich für RWE ! Aus für Hambach auf Raten.

Die Bezirksregierung Köln, allen voran deren RP H.Antwerpes, hat den neuen Block K des Kraftwerks Niederaußem mit einer Bearbeitungsgebühr von 6Mio. DM rechtswidrig genehmigt. Der Schadstoffausstoß ist zu hoch, und es wurden keine Alternativen mit höherem Wirkungsgrad geprüft. Deshalb legten die Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4, der BUND-NRW und viele Privatpersonen insgesamt 15 Widersprüche ein. **Eine Privatperson, die anonym bleiben möchte, aber gleichzeitig auch Mitglied der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4 ist, legte eine Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Münster ein.** Dieser Schritt in die richtige Richtung hat in Mühlheim Kärlich zu einer Nichtgenehmigung geführt. RWE wird also auch hier umdenken müssen, denn die Klage ist gleichbedeutend mit einem sofortigen Baustopp. Für den geplanten 950MW Block Niederaußem bedeutet dies sicher das Aus. Selbst der RWE Vorstand H.Hlubek stellt Niederaußem in Frage, wenn er von >>einem Effizienz- und Kostenvorteil von Gaskraftwerken gegenüber Kohlekraftwerken spricht<<

Die RWE-Vorstände wären gut beraten, sich nach einem besseren Investitionsobjekt umzusehen, statt mit politischer Unterstützung 2,7Mrd.DM in den Sand zu setzen. Würde der 950 MW-Block gebaut, so wäre Niederaußem mit 3700MW das größte deutsche Braunkohlekraftwerk. Das hätte zur Folge, daß der Tagebau Hambach (incl. Hambach II) bis über das Jahr 2050 hinaus ausgekohlt werden würde. Damit würden Sachzwänge für die geplante A4 Verlegung und das Abbaggern von Manheim, Morschenich und des Hambacher Forstes geschaffen. Die Modernisierung von Niederaußem trägt, absolut gesehen, nicht zur Minderung der CO₂-Emissionen bei, da die zu verstromende Menge an Kohle im Revier bei konstant 100Mio.t/Jahr bleiben soll. Es wird lediglich eine spezifische, aber keine absolute CO₂- Minderung versprochen. Tatsache ist auch, daß sich RWE in den Genehmigungsunterlagen darüber ausschweigt, wo und wann die sechs alten 150MW Kraftwerksblöcke stillgelegt werden. Wir haben unsere Klage mittlerweile zurückgezogen. Die Kreiswerke Grevenbroich klagen aber immer noch gegen die Bezirksregierung Köln.

Täglich warmer Regen:

Mit der Ausweitung des Braunkohlekraftwerks Niederaußem zum größten CO₂- und Schadstoffemittenten Westeuropas würden im Radius von 50km täglich folgende Schadstoffe emittiert: 70.000 kg Stickoxid, 140.000 kg Schwefeldioxid, 90.000 kg Kohlenmonoxid, 12.000 kg Chlorwasserstoff und 4.000 kg Fluorwasserstoff. Dazu kämen täglich ca. 2,2 kg Cadmium und 2,4 kg Thallium sowie 15 weitere Schwermetalle, Dioxine und Furane.

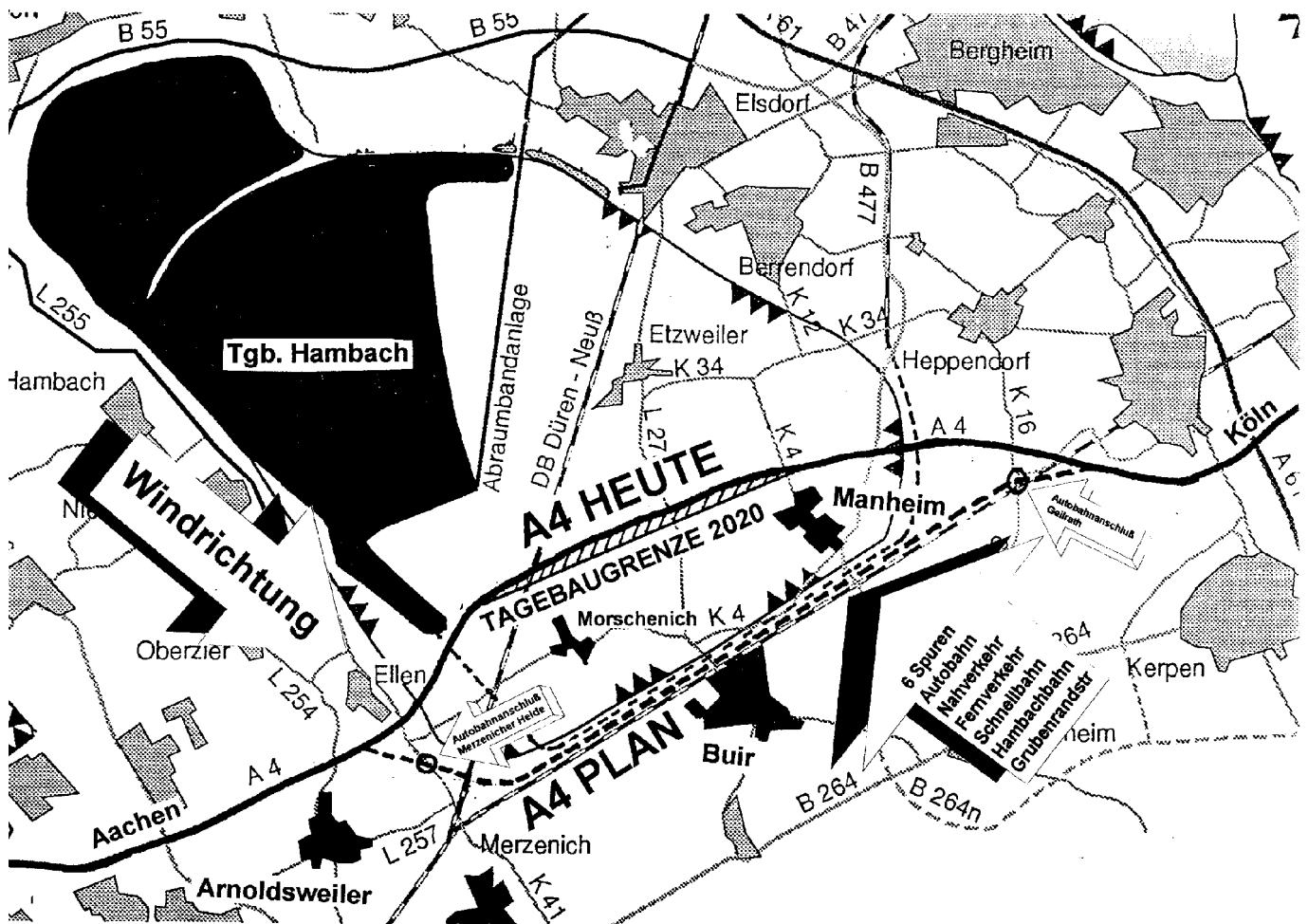
Erdgas als Zukunftsoption, um die Brücke zur Solarenergie zu bauen:

Die geplanten Kraftwerkskapazitäten sollten kurzfristig durch dezentrale Gaskraftwerke in Ballungszentren incl. Auskopplung der Prozeßwärme in Fernwärmenetze ersetzt werden. In schwach besiedelten Gebieten müssen verstärkt Blockheizkraftwerke zum Einsatz kommen.

Langfristig sollten die Kraftwerkskapazitäten durch erneuerbare Energien (Photovoltaik, Solarthermie, Wind, Wasser, Biomasse) substituiert werden.

Und das sind unsere Ziele:

- Die Autobahn 4 soll da bleiben, wo sie ist !
- Die Abbaugrenze des Tagebaus soll bis vor die A4 zurückgenommen werden.
- Der Tagebau Hambach soll nach geltendem Umweltrecht geprüft werden.
- Die Ausweitung des Kraftwerks Niederaußem zum größten deutschen Braunkohlekraftwerk muß verhindert werden.



Die Schmiss
- Bonner Stadt magazine -
04/98

GRÜNES Bauernopfer

Die ganze Republik blickt nach Garzweiler II, wo die Bagger des Braunkohletagebaus die Koalitionsfrage der Rot-Grünen Landesregierung stellen. Doch nur eine halbe Stunde Autofahrt entfernt von Bonn sorgt die Braunkohle für einen noch verheerenderen ökologischen Sündenfall. Von Oton Seyfarth und Markus Peters.

Das „größte Loch der Welt“ wird zwischen Bergheim, jülich und Kerpen gegraben. Auf 85 Quadratkilometern reißen die Schaufelradbagger auf der Suche nach Braunkohle die Erde bis zum 450 Meter tief auf.

Schon auf der Autobahn zeigen riesige Rauchfahnen, wo die Ausbeute dieses Loches verfeuert wird: In riesigen Braunkohlekraftwerken, die links und rechts den Horizont unterbrechen. Dort kommt der Strom für die nahegelegenen Großstädte Köln und auch Bonn her.

In der flachen Hochebene der Nordeifel ist auch bei wechselhaftem Wetter weite Sicht möglich. „Hier sieht man schon mittwochs, wer sonntags zu Besuch kommt.“

Bedrohtes Terrain

Ein Dorf, wenige Kilometer von der Autobahn entfernt, kommt in Sicht, dominiert von einem dunklen Kirchturm. Dieses Dorf wird in absehbarer Zeit nicht mehr sein, geht es nach dem Willen von Rheinbraun, der RWE-Tochter, die hier systematisch Grundstücke aufkauft, um sie ihren Gräbelpänen einzuverleiben. Die Autobahn wird dann auch nicht mehr sein, zumindest nicht an dieser Stelle.

Durch lichten Wald, unterbrochen durch aufgrünende Äcker, führt der Weg; bald kommt das Ziel in Sicht: Kerpen-Buir, scharf begrenzt durch die Gleise der Bundesbahn. Hauptstrecke Köln-Paris. Vor dem Bahnübergang links und rechts Äcker und Wiesen. Potteben. Noch.

An dieser Stelle, so belehrt uns das bunte Informationsmaterial der Rheinbraun, soll der Tagebau enden. Vor dem Bahngleis eine sechsspurige Autobahn; davor eine Kohlebahn, die die Rohstoffe zu den Kraftwerken verbringt; davor eine endloses Förderband, das Abraum bis zu 20 Kilometer zu anderen Löchern transportiert. Und davor eine Klippe. Steilabfall. Der untere Klippenrand liegt 550 Meter tiefer, denn erst dort ist der Grund des Baggerns zu finden: die Braunkohle, die in einer schräg verlaufenden Schicht unter dem Ackerland lagert.

550 Meter, das ist eine Tiefe, die Siebengebirge und Kottenforst aufeinandergestapelt aufnehmen könnte, um den ursprünglichen Flachlandcharakter zu erreichen.

Dahinter das Dorf, dessen Einwohner sich wehren, zumindest einige davon. Sie engagieren sich in der Bürgerinitiative gegen die Verlegung der Autobahn 4, ein Verbund lokaler Initiativen, die dem Durchmarsch der Bagger nicht tatenlos zusehen wollen. Die Autobahn A 4 spielt eine zentrale Rolle, denn sie bildet die Demarkationslinie für den Braunkohletagebau. Ein Blick in den Geschäftsbericht der Rheinbraun erklärt die Hintergründe: „Der Tagebau wird etwa im Jahre 2017 die Autobahn A 4 (Köln-Aachen) im Bereich zwischen Manheim und Morschenich (bei Kerpen-Buir) erreichen. Der Landschaftsverband Rheinland plant, diese Autobahn wegen des gestiegenen Verkehrsaufkommens auf sechs Spuren auszubauen. Deshalb bietet es sich an, Verlegung und Ausbau in einem Schritt zusammenzufassen. In Anbetracht der Bedeutung des Tagesbaus Hambach hat der Braunkohlensausschuß der

Landesregierung empfohlen, die erforderlichen Genehmigungsverfahren einzuleiten.“

Das Szenario ist klar: Ginge es nach Rheinbraun und der Landesregierung, würde die A 4 direkt an Kerpen-Buir vorbeigeführt. Damit würde eine magische Grenze für die Bagger fallen. Von den Ortschaften Manheim, Morschenich und den spärlichen Resten des Hambacher Forstes blieben allenfalls schwarzbraune Krater.

Was das bedeuten kann, zeigt sich bald. Zunächst geht es an weiteren Dörfern vorbei, die dem Loch weichen sollen. Verschlafene Flecken, an vielen Häusern sind die Rolläden unten, samstag nachmittags. „Viele der Häuser sind schon verlassen“, erklärt ein Anwohner, der nicht kampfflos den Baggern weichen will: „Die Rheinbraun kauft die Grundstücke auf, wenn Leute sterben. Andere haben ein besseres Häuschen bekommen, in Neu-Elsdorf. Kaum einer weiß, daß die da in 20 Jahren wieder weg müssen, wenn dort auch noch gebaggert wird. Das ist doch Verarschung.“

Zwischen den leerstehenden Häusern wird sporadisch noch renoviert. Sogar einen Neubau ist zu sehen. „Die machen die Augen zu, und merken es erst, wenn es zu spät ist.“

Am Horizont ist inzwischen ein Berg aufgetaucht. „Abraum – vor zwanzig Jahren gab es den noch nicht“, sagen die Anwohner. Genauer gesagt handelt es sich um eine Müllhalde: „Der Abraum wurde mit Asche

aus den Braunkohlekraftwerken vermengt. Die ökologischen Folgen sind nicht absehbar“.

„Sophienhöhe“ hat der Berg als Namen erhalten, mit 265 Metern ist er deutlich höher als der Versprung zwischen Rheintal und Venusberg. Der künstliche Berg hat nach Beobachtungen von Landwirten das Wetter verändert. „Gewitter halten sich oft zwei Tage und ziehen nicht davon. Der Berg hält die Wolken fest.“

Loch im Land

Der Aussichtspunkt in den Tagebau ist ausgemaltes. Von dort blickt man in ein Loch, das bis zum Horizont reicht. Seitlich begrenzt von Klippen, die sich treppenartig aufbauen, mit endlos langen Stufen. Deren geneigte Vorderflächen erinnern an ein flurbereinigtes und dann gekipptes Landwirtschaftsgebiet, verschiedenfarbig wie ein Flickenteppich. Auf einzelnen Treppenabsätzen stehen wie Spielzeugfahrzeuge an ein Riesenrad erinnernde Schaufelradbagger, jeder einzelne in Wirklichkeit höher als ein Altstadtthaus. Die Sohle des Lochs ist schwarz bedeckt. Eine verschwindend kleine Fläche im Kontrast zu den Klippen.



Hier sollen insgesamt 2,5 Milliarden Tonnen Braunkohle gefördert werden. Nichts erinnert mehr daran, daß hier einst Wald stand. Karl-Heinz Jelinek vom Naturschutzbund Deutschland: „Der Hambacher Forst war eines der größten zusammenhängenden Waldgebiete in dieser Landschaft, der Bürge. Mit über 80 Quadratkilometern des hier typischen Mischwaldes aus Stieleiche, Hainbuche und Maiglöckchen bot er seltenen Tierarten Heimat, die großräumige Waldflächen bevorzugen.“ Was mit diesem Ökoraum geschah, zeigt sich ein Kilometer weiter. Hier frißt sich der Tagebau in die Landschaftsoberfläche. Eine Landschaft, über die ein schwerer Sturm gefegt sein könnte, wären da nicht die sauberen Schnittkanten einer Säge an den Baumleichen. Die meisten weisen über hundert Jahresringe auf. Hier wird der Übergang von Kulturlandschaft zur Wüste vollzogen.

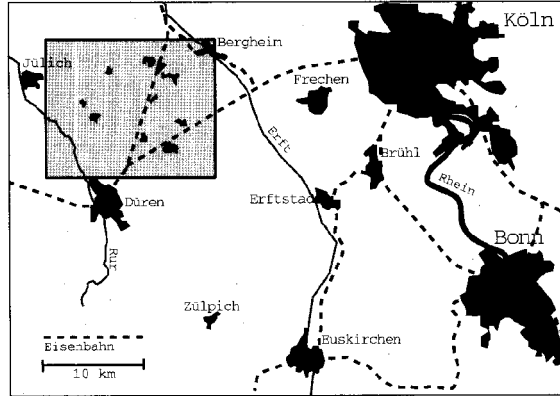
1978 wurde die Gegend unter den Bagger genommen, basierend auf Plänen und Genehmigungen, die etliche Jahre zurückreichten. Damals, in der Ölkrise und unter Energieprognosen, die längst überholt sind, wurde der Braunkohle hohe Priorität eingeräumt.

Das ökologische Bewußtsein der Republik steckte noch in den Kinderschuhen. Zeit genug für die Rheinbraun, vollendete Tatsachen zu schaffen. Heute attestieren mehrere seriöse Studien für die Zukunft einen sinken-

den Energiebedarf – und bezweifeln damit den Sinn des extensiven Braunkohleabbaus.

Grabenkämpfe

In Garzweiler, dem Streitfall der Landtags-Koalition, sind die Karten ohnehin anders gemischt. Garzweiler kam zu einem Zeitpunkt, an dem das Umweltverständnis der Bevölkerung schon geschärft war. Die rund



Nur 40 km Luftlinie von Bonn: Eines der vielen Tagebauegebiete, in denen Braunkohle gefördert wird. (Kartenausschnitt)

22 000 Eingaben gegen Garzweiler setzten die Sozialdemokraten und GRÜNE unter Druck – und das obwohl „nur“ rund 8000 Menschen vor den Bagger weichen müssen. In und um den Hambacher Forst sind rund 23 000 Menschen betroffen.

Hier fordern die Umweltschützer, die A 4 da zu belassen, wo sie jetzt ist – und sie gegebenenfalls dort sechsspurig auszubauen – eine Option, die in der entscheidenden Umweltverträglichkeitsprüfung nicht einmal in Erwägung gezogen wurde. Ein Umstand, der der anstehenden Klage der Hambacher eventuell eine kleine Chance läßt.

Auch gegen den bereits jetzt schon laufenden Abbau wird geklagt, was auch der Geschäftsbericht der Rheinbraun nicht verschweigt: „Der 1995 zugelassene Rahmenbetriebsplan zur Fortführung des Tagebaus für den Zeitraum 1996 bis 2020 wird vom BUND vor dem Verwaltungsgericht Aachen beklagt, weil, eine förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) fehle. Die Klage hat unserer Auffassung nach keine Aussicht auf Erfolg, weil die Umweltverträglichkeit selbstverständlich nachgewiesen worden ist, jedoch formelle UVP erst zehn Jahre nach dem Aufschluß des Tagebaus Hambach gesetzlich vorgeschrieben wurde.“



Auch die Umweltschützer wissen, daß ihre Karten nicht sonderlich gut sind. Inzwischen setzen sie ganz auf das Europäische Parlament. Dort wundert man sich sehr über die fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfungen. Der Petitionsausschuß des Europäischen Parlament prüft, ob und

inwieweit die Planungen gegen europäisches Recht verstoßen und setzt damit das nordrhein-westfälische Umweltministerium in Zugzwang.

„Natur aus zweiter Hand“

Dort hat man noch andere Probleme mit Hambach. Es ist noch völlig ungeklärt, was mit dem Tagebauegebiet nach dessen Ausbeutung in rund sechzig Jahren passieren soll. Die Rheinbraun verweist auf ihre Rekultivierungsmaßnahmen. Mit ihnen schaffe man „Natur aus zweiter Hand“, behaupten die Image-Broschüren des Energiekonzerns. Allerdings gilt das nicht für Hambach. Hier bleibt nach Abschluß des Tagebaues ein gewaltiges Loch in der Erde, das im Gegensatz zu den bisherigen Abbauebenen nicht mehr mit Abraum zugeschüttet werden kann. Statt dessen soll hier ein gewaltiger See entstehen, bis zu 400 Meter tief, 4200 Hektar groß, mit einem Wasservolumen von unglaublichen 3,6 Milliarden Kubikmetern. Eine Wassermenge, die ausreichen würde, den Trinkwasserbedarf der Stadt Bonn für die nächsten 165 Jahre zu decken. Auf einen Schlag würde einer der größten künstlichen europäischen Binnenseen entstehen, mit einer Fläche, deren Größe ungefähr dem gesamten rechtsrheinischen Bonn entsprechen würde. Dieser See gier nach Wasser, das entweder vom Rhein umgeleitet werden müßte oder von dem holländischen Kanalsystem abgezogen würde. Bislang gibt es weder konkrete Pläne noch eine solide Studie, wie das „Hambacher Meer“ gespeist werden soll. Selbst wenn dieses Gewässer kein Hirngespinnst der Rheinbraun-Ingenieure bleiben sollte, ein Biotop würde es nicht schaffen. Angesichts des hohen Schadstoffanteils der Uferböschung wäre das Gewässer ökologisch tot.

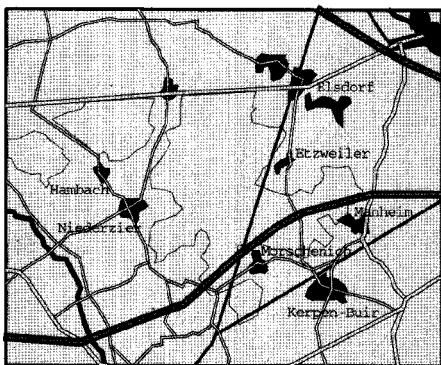
Das Wasser macht den Hambachern ohnehin Sorgen. Im gesamten Abbauegebiet hat die Rheinbraun Brunnen gesetzt, um den Grundwasserspiegel zu senken. Damit soll verhindert werden, daß das Abbauegebiet geflutet wird. Inzwischen zeigen diese Maßnahmen Wirkung: „Ehemals feuchte Wiesen fallen jetzt trocken.“ An natürlichen Erdschichten versetzen sich austrocknende Gesteinsplatten gegeneinander. „Das führt manchmal zu leichten Beben.“ Und auch Hausbesitzer sind betroffen. Einige Gebäudewände haben Risse, weil sich die Fundamente senken. Die ersten Schadensersatzklagen gegen die Rheinbraun haben die Hausbesitzer gewonnen – nach einer Prozeßdauer von 25 Jahren.

Im vergangenen November wurde im Hambacher Tagebau Tiefenwasser angegraben. Da sprudelten pro Minute 35 000 Liter lauwarmes Wasser ins Abbauegebiet. Angesichts der sensiblen unterirdischen Wasser-

verhältnisse kann das Auswirkungen bis zu den Aachener Thermalquellen haben.

Rechenfehler

Nur eines von zahlreichen Problemen, die der Bevölkerung auf der Seele liegen. „Es ist nicht unser Glück, die Kohle zu haben, es ist unser Pech!“, sagt einer der Hambacher, nicht frei von Resignation. Die rotgrüne Landesregierung stützt den Braunkohleabbau wider aller ökologischen und wirtschaftlichen Vernunft. Immer wieder wird dabei auf die gefährdeten Arbeitsplätze verwiesen – zumindest für Hambach eine Milchmädchenrechnung: Nach Angaben der Rheinbraun bedurfte es nicht mal 1700 Arbeitsplätzen und zwanzig Jahren, um ein 80 Quadratkilometer großes Areal in eine Mondlandschaft zu verwandeln. Dazu kommt, daß Rheinbraun ohnehin seit Jahren



1978: Der Hambacher Forst: 85 Quadratkilometer Wald, das größte zusammenhängende Waldgebiet in dieser Region.

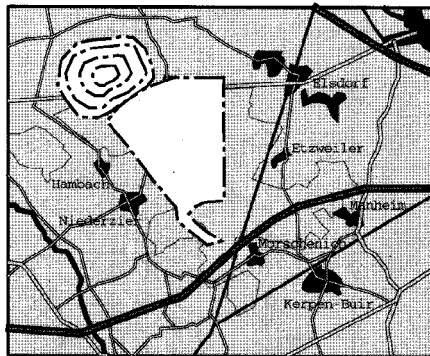
kontinuierlich Arbeitsplätze abbaut – „sozialverträglich“, wie es heißt. Doch angesichts fünf Millionen Arbeitsloser ist das Arbeitsplatz-Argument, wenn auch bar jeder Logik, eine starke Waffe in der Hand der Braunkohle-Befürworter: Dazu kommt, daß im Hambacher Einzugsgebiet auch etliche Arbeitnehmer leben, die bei der Rheinbraun in Lohn und Brot stehen. Und die glauben nur zur gerne, wenn Landesregierung und Rheinbraun die Umweltschützer als Jobkiller verfeuern.

Dennoch, die Strategie der Umweltschützer ist klar: Mit allen juristischen Mitteln wollen sie den Vormarsch der Bagger verzögern, solange bis das Graben nach der Braunkohle für die RWE sich nicht mehr lohnt. Schon jetzt liegt die Rentabilität des Abbaus an der Schmerzgrenze. Um eine Tonne Braunkohle zu fördern, müssen 14 Tonnen Abraum bewegt werden.

Einsame Streiter

Peter Inden (36), Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Verlegung der A 4, hat gelernt, einzustecken. Seitdem er im Impressum von Flugblättern namentlich zeichnet, hat er sich an wüste telefonische Be-

schimpfungen gewöhnt. Mit diesen Kritiken kann Inden umgehen. Wesentlich mehr frustrieren ihn jene Nachbarn, die das Problem ignorieren: „Der Mensch verdrängt. Wenn der lange Schatten der Bagger in den eigenen Garten fällt, wird resigniert. Der Hambacher an sich verdrängt gerne. Diejenigen, die von allem nichts wissen wollen, sind unsere größten Gegner.“ Einige haben angeblich ihre Privatgeschäfte mit dem Konzern gemacht: „Die haben von der Rheinbraun eine Entschädigung bekommen. Sie müssen aber darüber Stillschweigen bewahren. So steht es im Vertrag.“ Der Rückhalt im eigenen Ort ist gering. Und die Lokalpolitik? „Die SPD hängt dick im Klügel mit drin, und die Grünen haben uns hier ja schwer enttäuscht. Da hat jeder sein Pöstchen si-



1998: Nach 20 Jahren Tagebau ist ein künstlicher Berg entstanden (links oben).

cher.“ Alle betroffenen Kommunen favorisieren die Verlegung der Autobahn. Der Kerpener Stadtdirektor forciert den Abbau, auch wenn dann von seinem eigenem Heimdorf nichts übrig bleiben wird.



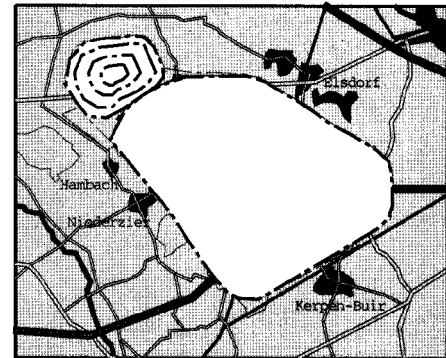
Iso ist die Bürgerinitiative ganz auf sich alleine gestellt. Niemand der GRÜNEN im Landtag erwägt, auch aus Hambach eine Nagelprobe für die Landesregierung zu machen. Erbsto erinnern sich die Hambacher Umweltschutz-Aktivisten an den peinlichen Auftritt des grünen Landesministers Vesper, dessen hemdsärmeliges und betont desinteressiertes Gastspiel die Wogen hochschlagen ließ. Seitdem befinden sich die Grünen, die hier einst zwischen 20 und 30 Prozent der Wähler hinter sich wußten, im freien Fall. Auch Gerd May, den zuständigen Sprecher der Grünen im Landtag, haben die Hambacher gefressen. Ihm attestiert man ein Rückgrat aus Lakritz: „Wer es im bürgerlichen Leben nur zum Sportlehrer bei der Bundeswehr gebracht hat, muß dann im Landtag sehen, wie er sein Pöstchen sichert.“

Bärbel Höhn könnte den weiteren Ausbau in Hambach zumindest verzögern, doch anscheinend fehlt dafür der politische Wille. Für Peter Inden ist der Fall klar: „Die Grünen

opfern Hambach, um Garzweiler II zu verhindern.“

Übertölpelt

Ein Gutachten des den GRÜNEN nahestehenden Wuppertal-Instituts vom Juli 1997 scheint die schlimmsten Befürchtungen der Hambacher zu bestätigen. Dort wurde spekuliert, unter welchen Vorzeichen auf das politisch umstrittene Braunkohletagebauebiet Garzweiler II verzichtet werden kann. Der Entwurf bedeutet ein komplettes Fiasko für die Hambacher: Dort soll noch über das Jahr 2050 hinaus Kohle abgebaut werden, also einschließlich der zweiten Ausbaustufe, außerdem soll die A 4 tatsächlich verlegt werden. In diesem Konzept spielt das Braunkohlekraftwerk Niederaußem eine zentrale Rolle. Die veraltete Stromfabrik soll massiv aufgerüstet werden. Damit würde Niederaußem auf ein Schlag zum größten deutschen Braunkohlekraftwerk werden.



2020: Geht es nach dem Willen der Betreiber, soll das verbleibende Loch in einen See verwandelt werden.

Und ein Mega-Heizkraftwerk wie Niederaußem, mit geschätzten Investitionskosten von mehr als 2,7 Milliarden DM, will gefüttert werden. Im Kölner Regierungspräsidium hat man bereits die Aufrüstung des Heizkraftwerkes Niederaußem genehmigt; voreilig, wie die Hambacher finden, weil keine Alternativen geprüft wurden.



Da bleibt den Unverdorssenen nur noch Zweckoptimismus: „Der geplante Ausbau Hambach II wird nicht stattfinden, weil er energiepolitisch überholt sein wird, wenn es soweit ist.“

Die – ausgerechnet – marktwirtschaftliche Liberalisierung innerhalb der europäischen Union würde die Braunkohleverwertung unwirtschaftlich machen, auch für die umkämpfte Ausbaustufe I. Bis dahin müssen die Abbau-Gegner in den Dörfern um Hambach auf Zeit spielen. Womöglich steigen ihre Chancen, wenn Michael Schumachers legendäre Kartbahn in der Nähe von Kerpen von den Schaufelradbaggern bedroht wäre. Allerdings käme der Aufschrei im Rest der Republik für Hambach zu spät. ●